

JAN C. BEHRENDTS

EINFÜHRUNG: ZWISCHEN NATION UND IMPERIUM

SOWJETISIERUNG UND NATION-BUILDING IN OSTEUROPA (1944–1989)

Am Anfang war Wilson.¹ Zwar gab es bereits seit dem 19. Jahrhundert nationale Bewegungen in Osteuropa, doch erst mit dem amerikanischen Präsidenten bekam die Neugestaltung der geopolitischen Landschaft im Ersten Weltkrieg einen prominenten und mächtigen Fürsprecher. Seit den Teilungen Polens war Osteuropa zwischen dem Russischen Reich, Preußen-Deutschland, Österreich-Ungarn und dem Osmanischen Reich aufgeteilt. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts geriet diese Ordnung ins Wanken und der Zusammenbruch der Imperien 1917/18 brachte nun auch hier – wie im Westen des Kontinents und mit Unterstützung der USA – Nationalstaaten hervor.² Im Unterschied zum Westen und den früheren Habsburger Gebieten, die von den Pariser Vorortverträgen erfasst wurden, wurde weiter östlich von 1917 bis 1921 die Frage von Grenzen, Nationen und ihrer Souveränität vorwiegend auf dem Schlachtfeld entschieden.³ So endete der Erste Weltkrieg in Osteuropa nicht im November 1918, sondern zerfiel bereits seit 1917 in eine Reihe von lokalen

¹ LARRY WOLFF, Woodrow Wilson and the Reimagining of Eastern Europe, Stanford, CA 2020; VICTOR MAMATEY, The United States and Central Europe 1914–1918. A Study in Wilsonian Diplomacy and Propaganda, Princeton, NJ 1957; EREZ MANELA, The Wilsonian Moment. Self-Determination and the International Origins of Anticolonial Nationalism, Oxford 2007.

² Übergreifend: JOHN CONNELLY, From Peoples to Nations. A History of Eastern Europe, Princeton, NJ 2019, S. 327–787.

³ Zu den Pariser Friedensverträgen: ECKART CONZE, Die große Illusion. Versailles 1919 und die Neuordnung der Welt, München 2018; JÖRN LEONHARD, Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918–1923, München 2018.

(Bürger-)Kriegen.⁴ Auf den Trümmern des Romanov-Reiches gelang den *Bol'seviki* zumindest eine partielle *restitutio imperii*. Doch auch im Baltikum und mit Polen und Finnland entstanden aus der imperialen Konkursmasse Nationalstaaten. Die Nationsbildung in Ostmitteleuropa und Südosteuropa stieß jedoch an interne Grenzen: Schließlich waren die Staaten, die aus den Imperien hervorgingen, weiterhin multiethnisch. Das galt für die Nationalstaaten ebenso wie für die Tschechoslowakei oder Jugoslawien.⁵ Auch geopolitisch blieb die Lage instabil: Das bolschewistische Russland und Deutschland begriffen sich in der Zwischenkriegszeit als revisionistische Mächte, die den Wilsonschen Moment wieder rückgängig machen bzw. in eine Leninsche Revolution überführen wollten.⁶

Nach der Zerschlagung der Tschechoslowakei 1938 bildete die Annäherung zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und der Sowjetunion Stalins im Sommer 1939 die Grundlage für einen imperialen *roll back* im Osten Europas. Nun zeigte sich, dass Stalin in klassischen geopolitischen Kategorien dachte und dass die Sowjetunion imperiale Ambitionen mit revolutionärem Engagement verband.⁷ Für 50 Jahre blieb der Osten Europas imperial strukturiert: zunächst umkämpft zwischen Hitler und Stalin und nach der Konferenz von Jalta im Frühjahr 1945 als Teil der sowjetischen Einflusssphäre. Erst der Epochenbruch von 1989/91 führte zur plötzlichen Re-Etablierung souveräner Nationalstaaten aus der Konkursmasse des sowjetischen Imperiums. Zum zweiten Mal im 20. Jahrhundert entstand in Osteuropa eine nationalstaatliche Ordnung.

Nationsbildung, Krieg und Völkermord

In seiner klassischen Studie hat Charles Tilly pointiert formuliert, dass nicht nur Staaten Kriege führen, sondern auch Kriege Staaten schaffen.⁸

⁴ JOCHEN BÖHLER, Civil War in Eastern Europe 1918–1921. The Reconstruction of Poland, Oxford 1918; STEPHAN LEHNSTAEDT, Der vergessene Sieg. Der polnisch-sowjetische Krieg 1919–21 und die Entstehung des modernen Osteuropa, München 2019; ROBERT GERWARTH, The Vanquished. Why the First World War Failed to End, London 2017.

⁵ Zum Balkan siehe Nataša Mišković in diesem Band.

⁶ WALTER LAQUEUR, Russia and Germany. A Century of Conflict, New Brunswick 1965.

⁷ Siehe Dierich Beyrau in diesem Band. Vgl. auch STEPHEN KOTKIN, Stalin. Waiting for Hitler, New York 2017, S. 238–310.

⁸ CHARLES TILLY, The Formation of Nation-States in Western Europe, Princeton, NJ 1975; vgl. jetzt auch: DIETER LANGEWIESCHE, Der gewaltsame Lehrer. Europas Kriege in der Moderne, München 2019.

Dies gilt in Osteuropa sowohl für die beiden Weltkriege als auch für den Kalten Krieg, der sich als Inkubationszeit nationaler Staatlichkeit unter kommunistischem Vorzeichen erwies. Ohne die gewaltsumbrüche, Bürgerkriege, den deutschen Vernichtungskrieg, die Deportationen und den Holocaust sowie Flucht und Vertreibung lässt sich das Geschehen in der Region nicht verstehen. Dabei begann die Epoche der Gewalt bereits vor 1939; in vielen Regionen, wie etwa in der Ukraine, lässt sich von einer Periode der Massengewalt von 1905 bis in die 1950er Jahre sprechen. Auch Gebiete, in denen es vergleichsweise weniger brutal zugegangen ist, wie in der Tschechoslowakei, erlebten Krieg, Besatzung und Völkermord. Weltkrieg und Massengewalt prägten eine neue Wirklichkeit.

Der „Pakt“ zwischen der Sowjetunion und dem nationalsozialistischen Deutschland vom 23. August 1939 bedeutete das Ende des prekären Friedens der Zwischenkriegszeit.⁹ Die Rückkehr zur „negativen Polenpolitik“ (Klaus Zernack) betraf nicht nur Polen selbst, sondern den gesamten Osten des Kontinents. Das Bündnis zwischen Hitler und Stalin ebnete den Weg zur Wiederherstellung einer imperialen Ordnung in Osteuropa. Ein Jahr nach dem Pakt gab es keine souveränen Staaten mehr zwischen Deutschland und der Sowjetunion – wer sich wie Polen, Finnland oder Jugoslawien versuchte der neuen Ordnung zu widersetzen, der wurde mit Krieg überzogen. Souveränität war wie vor 1914 ein Privileg für Großmächte.

Unmittelbar auf den „Hitler-Stalin-Pakt“ folgte zwischen Elbe und Wolga eine Epoche der Massengewalt, die ähnlich wie 1918 nicht mit dem Kriegsende 1945 abschloss, sondern in verschiedenen Partisanenkriegen noch einige Jahre andauerte.¹⁰ Der deutsche Überfall auf Polen, die Sowjetisierung Ostpolens, die Vernichtungskriege Deutschlands gegen die Sowjetunion und auf dem Balkan sowie der Holocaust töteten Millionen von Menschen und zerstörten größtenteils die ethnische Vielfalt, die

⁹ Zum Pakt: ROGER MOORHOUSE, *The Devil's Alliance. Hitler's Pact with Stalin*, New York 2014 [gemeint ist der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag mit seinem Geheimen Zusatzprotokoll über die Aufteilung Osteuropas in Interessensphären, Anm. der Hrsg.]; SLAVOMÍR DEMBSKI, *Meždu Berlinom i Moskvou. Germano-sovetskie otношения в 1939–1941 gg. [Zwischen Berlin und Moskau. Deutsch-sowjetische Beziehungen 1939–1941]*, Moskva 2018; CLAUDIA WEBER, *Der Pakt. Stalin, Hitler und die Geschichte einer mörderischen Allianz*, München 2019.

¹⁰ Als Überblick für den gesamten Osten Europas: CONNELLY, *From Peoples into Nations*, S. 435–500; TIMOTHY SYNDER, *Bloodlands. Europe between Hitler and Stalin*, New York 2010. Als Fallstudie für eine galizische Kleinstadt eindringlich: OMER BARTOV, *Anatomy of a Genocide. The Life and Death of a Town Called Buczacz*, New York 2018.

Osteuropa vor 1939 auszeichnete.¹¹ Die Nationalsozialisten löschten die jüdische Bevölkerung überwiegend aus und andere Minderheiten wurden Opfer von Deportation, Flucht und Vertreibung. Insgesamt führte der Zweite Weltkrieg zu einer vorher nicht bekannten Homogenisierung in der Zerstörung. Nicht nur Städte, Dörfer und Gemeinschaften, auch die politische Ordnung lag nach Jahren nationalsozialistischer Besatzung in Trümmern. Von bewaffnetem Widerstand bis zur offenen Kollaboration mit den Besatzern gab es unterschiedliche Verhaltensweisen in diesen dunklen Jahren; die Bevölkerung war tagtäglich mit dem eigenen Überleben beschäftigt. Krieg, Besatzung, Völkermord und sowjetische Eroberung zerstörten die Eliten, die nach 1919 die neuen Nationalstaaten geprägt hatten. Das galt für Adel und Klerus, aber auch für die Bauernparteien, die vor 1938/39 großes Gewicht gehabt hatten.

Die geopolitische Ordnung Osteuropas im Kalten Krieg entstand zwischen der Schlacht von Stalingrad 1943 und dem Februarputsch in der Tschechoslowakei 1948. Meilensteine ihrer Genese waren der Vormarsch der Roten Armee in die Mitte Europas sowie die alliierten Konferenzen von Jalta und Potsdam. Das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten von Amerika waren in den Weltkrieg eingetreten, um das Selbstbestimmungsrecht der Völker vor den totalitären Regimen Hitlers, Mussolinis und Stalins zu retten. Dies war ein Kern der Atlantik-Charta vom August 1941.

Durch ihr Bündnis mit Stalin hatten die Westmächte jedoch ihre eigenen Kriegsziele dem Sieg über das nationalsozialistische Deutschland untergeordnet. Letztlich sanktionierten die Westalliierten 1945 die Rückkehr zur imperialen Ordnung in Europa; sie akzeptierten eine sowjetische Einflusssphäre und verlangten zugleich nach einer eigenen. Stalin hat gegenüber dem jugoslawischen Kommunisten Milovan Djilas die Logik des Jahres 1945 prägnant zusammengefasst:

„Dieser Krieg ist nicht wie in der Vergangenheit; wer immer ein Gebiet besetzt, erlegt ihm auch sein eigenes gesellschaftliches System auf. [...] Es kann gar nicht anders sein.“¹²

Dies stand im Widerspruch zur offiziellen Erklärung der „großen Drei“ von Jalta, die auf dem Papier weiterhin dem Selbstbestimmungsrecht der

¹¹ Zur Sowjetisierung Ostpolens: JAN T. GROSS, Revolution from Abroad, Princeton, NJ 1988.

¹² MILOVAN DJILAS, Gespräche mit Stalin, Frankfurt am Main 1962, S. 146.

Völker verpflichtet blieben.¹³ Das Ergebnis von Jalta bedeutete eine Renaissance der Großmachtdiplomatie, doch im Unterschied zum Wiener Kongress wurden weder die Besiegten noch die kleineren Nationen überhaupt angehört. Den Westmächten fehlte – wie schon nach 1918/19 – *hard power*, um ihre Ordnungsvorstellungen in Osteuropa durchzusetzen. Die militärischen Realitäten des Kriegsendes verbannten sie in eine Zuschauerrolle. Stalins Sowjetunion war der einzige mächtige Akteur in der Region. Letztlich wurde das Schicksal Osteuropas wiederum nicht am Verhandlungstisch und auch nicht bei Wahlen, sondern auf dem Schlachtfeld entschieden. Stalins „geopolitisches Ass“ blieb die Präsenz der Roten Armee in Mitteleuropa.¹⁴

Als Resultat der Konferenzen von Jalta und Potsdam konnte die Sowjetunion ihre polnischen Eroberungen von 1939 behalten – sie blieben Teil der belarussischen und der ukrainischen Sowjetrepublik. Die Ostgrenze Polens war die ehemalige Demarkationslinie zwischen der UdSSR und dem Deutschen Reich. Auch die baltischen Staaten wurden wieder sowjetische Republiken, obwohl die Westmächte diese Annexion nicht formal anerkannten. Doch auch die sowjetische Seite machte Konzessionen, die langfristig ihre Wirkung nicht verfehlten: Stalin verabschiedete sich während des Zweiten Weltkrieges vom Leninschen Phantasma eines kommunistischen Superstaates, der über die Grenzen des ehemaligen Russischen Reiches hinaus eine revolutionäre Ordnung etablieren sollte. Der sowjetische Diktator akzeptierte die formale Rückkehr zur nationalstaatlichen Ordnung in Osteuropa, auch wenn diese Staaten nach 1945 nicht im klassischen Sinne souverän waren.¹⁵

Die entstehenden „Volksdemokratien“ sollten auf einem antifaschistischen und nationalen Konsens fußen, der formal breiter war als die kommunistische Diktatur in der UdSSR. Dies war auch eine Reaktion auf die politischen Verhältnisse in Ostmitteleuropa. Mit der Ausnahme Jugoslawiens und der Tschechoslowakei waren die kommunistischen Parteien in der gesamten Region unpopulär. Stalin selbst hatte deshalb bereits im April 1941 zusammen mit Komintern-Chef Georgi Dimitrov einen Strate-

¹³ Commissé Issued at the End of the Yalta Conference, 11 February 1945, in: Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers, The Conference of Berlin (The Potsdam Conference), 1945, Bd. 2, hg. v. RICHARDSON DOUGALL, Washington 1960, Dok. Nr. 1417.

¹⁴ VLADIMIR O. PECHATNOV, The Soviet Union and the World, 1944–1953, in: The Cambridge History of the Cold War, hg. v. MELVIN P. LEFFLER / ODD WESTAD, Cambridge 2000, S. 90–111, Zitat S. 98.

¹⁵ Zum äußeren sowjetischen Imperium siehe auch den Überblick von Dietrich Beyrau.

giewchsel beschlossen. Stalin erklärte seinem inneren Kreis auf einem Bankett im *Bol'soj*-Theater, wie er sich die politische Strategie der Zukunft vorstellte:

„Kommunistische Parteien müssen unabhängiger sein, nicht nur Sektionen der KI. Sie sollten nationale Kommunistische Parteien sein mit verschiedenen Namen: Arbeiterpartei, Marxistische Partei usw. Der Name spielt keine Rolle. Wichtig ist, dass diese Parteien im Volk verwurzelt sind und sich auf ihre eigentlichen Aufgaben konzentrieren. [...] Heute stehen die nationalen Aufgaben in den verschiedenen Ländern im Vordergrund.“¹⁶

Die Gesellschaften Osteuropas waren überwiegend antikommunistisch und antirussisch geprägt und das brutale Verhalten der Roten Armee 1944/45 verstärkte diese Tendenz nochmals. Doch es gab auch Strömungen, an die die neuen Herrscher anknüpfen konnten: Dazu gehörte die Diskreditierung der alten Eliten, ein weit verbreiteter Wunsch nach einer sozialistischen Wirtschaftsordnung sowie die Feindschaft gegenüber Deutschland. Bereits seit 1941/42 betonte die UdSSR in ihrer Auslandspropaganda dann auch ihre „panslavische“ Politik und beschwore ein ethnisch begründetes Bündnis zwischen der Sowjetunion und den kleineren slavischen Nationen.¹⁷ Nicht kommunistisch oder internationalistisch, sondern völkisch wurde das Bündnis mit der Sowjetunion nun begründet. Der gemeinsame deutsche Feind sollte die Interessengegensätze zwischen der Sowjetunion Stalins und den Staaten Osteuropas in den Hintergrund drängen.

Noch vor Kriegsende zeigte sich, wo die kommenden Konfliktlinien verlaufen würden. Der Kristallisierungspunkt dessen, was schon bald als Kalter Krieg bezeichnet wurde, war Polen.¹⁸ Wegen des deutschen Überfalls auf Polen waren das Vereinigte Königreich und Frankreich in den Krieg eingetreten und doch geriet ein Teil Polens (das „Lubliner Polen“) bereits 1944 in den Machtbereich Stalins.¹⁹ Den Westmächten fehlten

¹⁶ 20. April 1940, in: The Diary of Georgi Dimitrov, 1933–1949, hg. v. IVO BANAC, New Haven, CT 2003, S. 155 f. Die Abkürzung steht für Kommunistische Internationale.

¹⁷ JAN C. BEHRENDs, Stalins slavischer Volkskrieg. Mobilisierung und Propaganda zwischen Weltkrieg und Kaltem Krieg (1941–1948), in: Post-Panslavismus. Slavizität, Slavische Idee und Antislavismus im 20. und 21. Jahrhundert, hg. v. STEFAN TROEBST / AGNIESZKA GĄSIOR, Göttingen 2014, S. 79–108.

¹⁸ Zum Kalten Krieg grundlegend: ODD ARNE WESTAD, The Cold War. A World History, London 2017.

¹⁹ TADEUSZ ŻENCZYKOWSKI, Polska Lubelska 1944 [Das Lubliner Polen 1944], Warszawa 1990.

schlicht die Machtressourcen, über die Stalin verfügte. Das von der Sowjetunion eingesetzte Lubliner Regime versuchte gar nicht erst, die Vereinbarungen von Jalta umzusetzen, und der polnischen Exilregierung in London blieb eine Mitwirkung am politischen Leben versagt.²⁰ Während des Warschauer Aufstandes vom August 1944 zeigte Stalin, dass er kein Interesse an einem selbständigen Polen hatte. Seine Weigerung, den Aufstand zu unterstützen, setzte ein Zeichen für die Zukunft.²¹

Von 1944 bis zum Ende der 1940er Jahre befand sich Polen im Bürgerkrieg zwischen den Vertretern des sich konsolidierenden Parteistaates und antikommunistischen Kräften. Trotz des bewaffneten Widerstandes, der Distanz der alten Eliten zum neuen Staat und der Opposition der katholischen Kirche zeigte sich jedoch, dass die polnischen Kommunisten in der Lage waren, ihre Macht zu konsolidieren. Sie mussten zwar einige Kompromisse eingehen, doch insgesamt betrachtet saßen sie bereits 1945 mit sowjetischer Hilfe fest im Sattel. Von nun an gestalteten die kommunistischen Parteien in Polen und in den anderen Staaten Osteuropas unter Federführung sowjetischer Berater die Staats- und Nationsbildung nach den Verheerungen des Zweiten Weltkrieges.

Varianten der Sowjetisierung 1945–1953

Die Sowjetisierung der annexierten Gebiete in der UdSSR und Osteuropa verlief in verschiedenen Formen und Phasen. Im Baltikum, in Belarus und in der Ukraine ging die Wiederaufrichtung der sowjetischen Herrschaft gewalttätig vonstatten.²² Sowjetisierung bedeutete hier nicht nur politische, sondern auch kulturelle Unterwerfung. Die Methoden Moskaus unterschieden sich nur unwesentlich von denen der Jahre 1939/40: Bewaffneter Widerstand wurde niedergekämpft und zur Kapitulation gezwungen, das Machtmonopol der Kommunisten wiederhergestellt, Deportationen und massenhafte Repressionen gehörten zum Instrumentarium Moskaus. Dennoch lässt sich in der Ukraine, deren polnische Bevölkerung ausgewiesen wurde, durchaus von einer schlei-

²⁰ KRYSYNA KERSTEN, *The Establishment of Communist Rule in Poland, 1943–1948*, Berkeley, CA 1991; ANDRZEJ KALUZA, *Der polnische Parteistaat und seine politischen Gegner*, Frankfurt am Main 1998.

²¹ WŁODZIMIERZ BORODZIEJ, *Der Warschauer Aufstand 1944*, Frankfurt am Main 2001.

²² Siehe Elena Zubkova und Kateryna Kobchenko in diesem Band.

chenden Nationsbildung im Schatten der stalinistischen Gewalt sprechen.²³ In Form der Sowjetrepubliken blieb in der föderalen UdSSR ein Rest an eigener Staatlichkeit erhalten und darüber hinaus verfügten diese auch über eigene kommunistische Parteien, in denen sich über Jahrzehnte eine neue nationale Elite formierte, deren Interessen sich – insbesondere nach dem Ende des Stalinismus – durchaus von denen Moskaus unterschieden.

Außerhalb der UdSSR ergab sich ein komplexeres Bild.²⁴ Polen und Rumänien, Länder von strategischer Bedeutung, aber mit schwachen kommunistischen Parteien, erforderten ebenfalls eine starke sowjetische Intervention. Hier spielten Gewalt und politischer Terror bei der Etablierung des neuen Staates eine bedeutende Rolle. In Polen unterdrückten die Rote Armee und sowjetische Geheimdienste die republikanische Heimatarmee (*Armia Krajowa*). In Bulgarien und Rumänien unterstützte die sowjetische Besatzungsmacht gezielt die kommunistische Machtübernahme und entmachtete die Eliten der Zwischenkriegszeit. Aus der Tschechoslowakei hingegen zog sich die Rote Armee Endes des Jahres 1945 wieder zurück. Dort verfügten die Kommunisten zwar über größere Popularität als in anderen Staaten Ostmitteleuropas, aber sie kontrollierten nicht das gesamte Geschehen. Der tschechoslowakische Fall war keineswegs ungewöhnlich: bis 1948/49 blieb die sowjetische Politik hier teils harsch, teilweise jedoch auch flexibel oder unentschlossen.²⁵

Jüngst hat Norman Naimark darauf hingewiesen, dass der Kampf um nationale Souveränität und gegen Stalins Einfluss keineswegs so aussichtslos war, wie lange unterstellt wurde.²⁶ Naimark zeigt, dass die sowjetische Politik nach 1945 durchaus auch strategische Rückzüge kannte. Selbst in

²³ GEORGE LIBER, Total Wars and the Making of Modern Ukraine, Toronto 2016.

²⁴ Als Überblick: NORMAN M. NAIMARK, The Sovietization of Eastern Europe, 1944–1953, in: The Cambridge History of the Cold War, S. 175–197. Vgl. auch die Beiträge in: The Establishment of Communist Regimes in Eastern Europe, 1944–1949, hg. v. NORMAN NAIMARK / LEONID GIBIANSKI, Boulder, CO 1997, sowie die Beiträge von Marianna Hausleitner, Florian Peters und Regina Fritz in diesem Band.

²⁵ BRADLEY F. ABRAMS, The Struggle for the Soul of the Nation. Czech Culture and the Rise of Communism, Lanham MD 2004. Doch auch in der Tschechoslowakei spielte der Kult um die Sowjetunion schon früh eine Rolle: RACHEL APPLEBAUM, Empire of Friends. Soviet Power and Socialist Internationalism in Cold War Czechoslovakia, Ithaca NY 2019, S. 19–80. Vergleichend: JAN C. BEHRENDTS, Die erfundene Freundschaft. Propaganda für die Sowjetunion in Polen und in der DDR, Köln 2006.

²⁶ NORMAN M. NAIMARK, Stalin and the Fate of Europe. The Postwar Struggle for Sovereignty, Cambridge, MA 2019.

Polen, das im Zentrum sowjetischer Aufmerksamkeit stand, wurde im Stalinismus nicht jene politische Uniformität erreicht, die in der Sowjetunion lange Normalität war. Beispiele wie die dänische Insel Bornholm, die 1945 sowjetisch besetzt wurde, oder auch Österreich verdeutlichen zudem, dass Stalin durchaus bereit war, am Rande seines Machtbereichs strategische Konzessionen zu machen.

Innenpolitisch bedeutete Sowjetisierung zunächst die Sicherung der Kontrolle der Kommunistischen Partei über die staatlichen Ressourcen. Insbesondere die Machtapparate der Polizei und Armee waren davon betroffen. Außerdem war es wichtig, das negative Bild der Sowjetunion zu korrigieren. Zu diesem Zweck wurde – wo möglich – die panslavische Propaganda der Kriegszeit auch im Frieden fortgeführt.²⁷ Das Bündnis mit der UdSSR wurde in bilateralen Verträgen besiegt und zur volksdemokratischen *raison d'état* erklärt. Andere Teile des sowjetischen Kanons wurden zunehmend in den osteuropäischen Kontext transferiert; dazu zählte der Stalin-Kult, der spätestens seit 1948 auch in den Volksdemokratien eine wichtige Rolle spielte. Die Person Stalins stand für den Sieg über den Faschismus, das Bündnis mit Moskau und die erfolgreiche Konsolidierung der kommunistischen Herrschaft im jeweiligen nationalen Kontext. Der Kult wurde dabei an die nationalen Narrative angepasst.²⁸ Hinzu kam der Führerkult um die nationalen Repräsentanten der kommunistischen Macht.²⁹

Während des gesamten Stalinismus blieb der Widerspruch zwischen der nationalen Rhetorik der kommunistischen Parteien und der Sowjetisierung des gesellschaftlichen Lebens unaufgelöst. Der Kommunismus der Nachkriegszeit sollte zugleich sowjetisch und national sein, weil die Propaganda behauptete, dass die sowjetischen und die nationalen Interessen der Völker Osteuropas deckungsgleich seien. Dieses Argument bildete den eigentlichen politischen Kern der Propaganda dieser Jahre.³⁰

²⁷ BEHRENDs, Stalins slavischer Volkskrieg, S. 79–108.

²⁸ Vergleichend: DERS., Exporting the Leader. The Stalin Cult in Poland and East Germany (1944/45–1956), in: The Leader Cult in Communist Dictatorships. Stalin and the Eastern Bloc, hg. v. BALÁZS APOR u. a., Basingstoke / New York, NY 2004, S. 161–178.

²⁹ Am Beispiel Mátyás Rákosis: BALÁZS APOR, The Invisible Shining. The Cult of Mátyás Rákosi in Stalinist Hungary, 1945–1956, Budapest 2017.

³⁰ Am ungarischen Beispiel: MARTIN MEVIUS, Agents of Moscow. The Hungarian Communist Party and the Origins of Socialist Patriotism, 1941–1953, Oxford 2005; zu Polen: JAN C. BEHRENDs, Nation and Empire. Dilemmas of Legitimacy during Stalinism in Poland (1941–1956), in: Nationalities Papers 37 (2009), S. 443–466; vergleichend DERS., The Stalinist Volonté Générale: Legitimizing Communist Statehood (1935–1952). A Com-

1948 wurde zudem deutlich, dass die enge Bindung an die Sowjetunion für das gesamte Ostmitteleuropa konkrete Folgen hatte. Als die formell überparteiliche Regierung der Tschechoslowakei sich für die wirtschaftlichen Hilfen des Marshallplans interessierte, wurde sie von Moskau in ihre Schranken gewiesen: Prag musste ablehnen. Die nationale Rhetorik der kommunistischen Parteien konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die nationale Souveränität eng begrenzt war. Tatsächlich konnten die Staaten Osteuropas weder ihr Gesellschaftssystem noch ihre außenpolitische Orientierung selbst bestimmen.

Nach dem Bruch mit Titos Jugoslawien 1948 verschärfte der Kreml die ideologische Kontrolle in seiner Einflusssphäre nochmals. Nun wurde wie in den 1930er Jahren in der UdSSR mit Schauprozessen die vermeintliche Verbindung zwischen äußerer Bedrohung und inneren Feinden inszeniert. Zugleich wurde der sowjetische Antisemitismus, der seit Ende der dreißiger Jahre an Bedeutung gewonnen hatte, auch in die Staaten Ostmitteleuropas exportiert. Neben die USA und Westdeutschland traten zunehmend jüdische Minderheiten als innerer sowie Israel als äußerer Feind des kommunistischen Lagers. Während des Stalinismus sollte es keine Debatte über Außenpolitik geben – weder in der Partei noch in der Öffentlichkeit. Vielmehr galt es stets die Einheit von Partei und Volk in sämtlichen Bereichen des politischen Lebens zu inszenieren. Zu diesem Zweck wurden auch internationale Kampagnen – etwa zum Thema „Friedenskampf“ – durchgeführt, an denen sich die Mehrheit des Volkes beteiligen sollte. Doch aus den internen Berichten von Partei und Sicherheitsapparat wissen wir, dass große Teile der Bevölkerung den offiziellen Verlautbarungen misstrauten und versuchten, sich den Kampagnen zu entziehen.

So stieß etwa in Polen die Ernennung des sowjetischen Marschalls Konstantin Rokossowski zum Verteidigungsminister 1949 auf erheblichen Widerstand.³¹ Er wurde zu einem Symbol sowjetischer Dominanz und fehlender nationaler Souveränität. Nach dem Tod Stalins traten diese latenten Spannungen, die sich seit Kriegsende aufgestaut hatten, deutlich hervor. Die Oppositionsbewegungen des Jahres 1956 in Polen und Ungarn, die bis weit in die Reihen der kommunistischen Parteien reichten, hatten ihre Ursachen in den nationalen Demütigungen des Stalinismus.

parative Perspective on the USSR, Poland, Czechoslovakia, and Germany, in: *East Central Europe* 40 (2013), S. 37–73.

³¹ JAN C. BEHRENDs, Rokossowski Coming Home. The Making and Breaking of an (Inter-)National Hero in Stalinist Poland (1949–1956), in: *Hungarian Historical Review* 5 (2016), S. 767–789.

Nationsbildung unter sozialistischen Vorzeichen 1953–1989

Nach Stalins Tod wurde der sowjetische Hegemonialbereich durch die Gründung des Warschauer Paktes, eines Militärbündnisses unter sowjetischer Führung, 1955 formalisiert und zwanzig Jahre später auf der KSZE-Konferenz in Helsinki auch durch die westliche Welt anerkannt. Der Kalte Krieg bescherte Osteuropa nach 1956 eine stabile Ordnung unter sowjetischer Hegemonie. Die kommunistischen Parteien hatten das Prinzip der eingeschränkten nationalen Souveränität nicht nur akzeptiert, sondern internalisiert. Letztlich wurde diese Ordnung nicht primär durch die verbindende kommunistische Ideologie garantiert, sondern durch *facts on the ground*, d. h. durch die Anwesenheit der sowjetischen Armee in Osteuropa und durch die sowjetische Bereitschaft, sie im Krisenfall auch einzusetzen. Wer der eigentliche Souverän war, zeigte sich im Ausnahmezustand der Jahre 1953, 1956, 1968 oder 1981. In der Brežnev-Doktrin von 1968 wurde diese eingeschränkte Handlungsfähigkeit der kommunistischen Staaten festgeschrieben. Dennoch zeigte sich im Laufe der Jahrzehnte, dass es der Sowjetunion zunehmend schwerfiel, den von Stalin errungenen Sieg auch im Frieden zu verteidigen.

Selbst in den Jahren des Stalinismus blieb der Nationalstaat – trotz der imperialen Dominanz Moskaus – die prägende politische Größe in Osteuropa. In der Sowjetunion spielten die einzelnen Republiken, die außer der symbolischen Präsenz der belarussischen und der ukrainischen Republik bei den Vereinten Nationen außenpolitisch nicht in Erscheinung traten, als Referenzgrößen durchaus eine Rolle. Sie verfügten über ihre eigenen Institutionen und jenseits der Republikgrenzen erinnerte der „fünfte Punkt“ im sowjetischen Pass stets an die eigene Nationalität. Der sowjetische Föderalismus und die Nationalitätenpolitik entschärften nicht nur die Nationalitätenprobleme im Vielvölkerstaat, sie trugen sicherlich auch dazu bei, dass nationale Identität und proto-nationalstaatliche Strukturen sich verfestigten.³² Das galt nicht nur für die kleineren Sowjetrepubliken; in der RSFSR entstand ein russischer Nationalismus, der bis in die Gegenwart wirkungsmächtig ist.³³ Der gesamte sowjetische Macht-

³² Zur Nationalitätenpolitik: TERRY MARTIN, *The Affirmative Action Empire. Nations and Nationalism in the Soviet Union, 1923–1939*, Ithaca, NY 2001; RONALD SUNY, *The Revenge of the Past. Nationalism, Revolution and the Collapse of the Soviet Union*, Stanford, CA 1993. Siehe auch Elena Zubkova in diesem Band.

³³ NIKOLAJ A. MITROCHIN, *Russkaja partiya. Dviženije russkich nacionalistov v SSSR, 1953–1985 gody* [Die russische Partei. Die Bewegung der russischen Nationalisten in der UdSSR 1953–1985], Moskva 2003; YITZHAK BRUDNY, *Reinventing Russia. Russian Natio-*

bereich – innerhalb und außerhalb der UdSSR – war somit weiterhin ein Raum, in dem nationale Identität sich anhand ethnischer Zugehörigkeit definierte und stabilisierte. Der „Internationalismus“ und die „Völkerfreundschaft“ verhinderten das Denken in nationalen Kategorien nicht, sie stabilisierten es vielmehr.

In den langen Jahrzehnten des Post-Stalinismus und Spätsozialismus normalisierte sich die Außenpolitik der Staaten Ostmitteleuropas.³⁴ Innerhalb der ideologischen und politischen Rahmenbedingungen des Post-Stalinismus konnten die nationalen Regierungen zunehmend auch eigene Akzente setzen und Interessen verfolgen.³⁵ Zugleich waren die Beziehungen zwischen den Staaten innerhalb des Blocks – etwa zwischen der DDR und Polen oder zwischen Rumänien und Ungarn – keineswegs spannungsfrei.³⁶ Im Gegenteil: die Ressentiments und Konflikte, die schon die Zwischenkriegszeit geprägt hatten, blieben weiterhin virulent. Das Erbe der Weltkriege, des Holocaust und der ethnischen Säuberungen, das unter kommunistischer Herrschaft nicht aufgearbeitet werden konnte, spielte auch unausgesprochen weiter eine entscheidende Rolle für das nationale Selbstverständnis.³⁷ Die sowjetischen Verbrechen während des Weltkrieges wurden weiter erinnert.³⁸ Letztlich war es die Hegemonie Moskaus, die verhinderte, dass historische Konflikte offen ausbrachen. Vergessen waren diese deshalb aber nicht.

Die Angst vor deutschem Revanchismus spielte Moskau lange Zeit in die Hände. Tatsächlich war die Sowjetunion nicht nur Hegemonialmacht, sondern für Polen auch die Garantiemacht der Oder-Neiße-Grenze. Antideutsche Affekte spielten weiterhin auch im offiziellen Nationalismus der kommunistischen Parteistaaten eine zentrale Rolle. Doch darüber hinaus wurde von den Staatsparteien in eklektizistischer Manier ein guter

nalism and the Soviet State, 1953–1991, Cambridge, MA 1998. Siehe auch Benno Ennker in diesem Band.

³⁴ Siehe hierzu Pável Kolař über die Tschechoslowakei in diesem Band.

³⁵ Ebd.

³⁶ Beispielsweise zur DDR und Polen: SHELDON R. ANDERSON, A Cold War in the Soviet Bloc. Polish-East German Relations, 1945–1962, Boulder, CO 2001; BURKHARD OLSCHOWSKI, Einvernehmen und Konflikt. Das Verhältnis zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen, 1980–1989, Osnabrück 2005.

³⁷ ANDRZEJ LEDER, Polen im Wachtraum. Die Revolution 1939–1956 und ihre Folgen, Osnabrück 2019.

³⁸ „W czterdziestym nas Matko na Sibir zesłali ...“ Polska a Rosja 1939–1942 [„Mutter, im vierzigsten Jahr wurden wir nach Sibirien verschleppt ...“ Polen und Russland 1939–1942], hg. v. IRENA GRUDZIŃSKA-GROSS / JAN T. GROSS, Kraków 2008.

Teil der nationalen Mythen des 19. Jahrhunderts reaktiviert und zur Herrschaftslegitimation genutzt.³⁹ Gerade im ethnischen Nationalismus entstand eine Schnittmenge zwischen den Kommunisten und den Anschauungen eines großen Teils der Bevölkerung. Auch der Antisemitismus – offiziell „Antizionismus“ – spielte insbesondere nach dem Sechstagekrieg von 1967 eine Rolle. Der März 1968 und die folgende antisemitische Kampagne in Polen ist ohne den radikalen Nationalismus eines Teils des kommunistischen Establishments nicht zu verstehen.⁴⁰ Doch auch andere Staaten beteiligten sich an der anti-israelischen Politik Moskaus und setzten dabei auf die Unterstützung ihrer Bevölkerung.⁴¹ In ihrer nationalen Ausrichtung und ihrer antiliberalen Orientierung an einer ethnisch definierten Staatsnation stand die kommunistische Politik in der Tradition der Zwischenkriegszeit.⁴² Leidtragende dieser Entwicklungen waren ethnische und religiöse Minderheiten, die diskriminiert wurden.⁴³ Dissidenten wie Jan Józef Lipski in Polen haben das bereits zeitgenössisch erkannt und einen Bruch mit diesem nationalistischen Erbe gefordert.⁴⁴

Die Détente und die deutsche Ostpolitik dekonstruierten ein Stück weit die Feindbilder der Nachkriegszeit. Die Normalisierung der internationalen Beziehungen nach Helsinki unterminierte somit die Legitimität der sowjetischen Hegemonie, die stets den Konflikt mit dem Westen und die Angst vor deutschem Revanchismus benötigte. Zunehmend enger gestalteten sich nun die Beziehungen zwischen den Ländern des Ostblocks und der Bundesrepublik. Dies waren sicherlich Entwicklungen, die das Jahr 1989 erst möglich gemacht haben.

Auch im späten Kalten Krieg wurde die zentrale Rolle Polens für die europäische Ordnung der Nachkriegszeit deutlich. Hier scheiterte die kommunistische Ordnung bereits 1981 – ein Fanal für die Zukunft des sowjetischen Imperiums. Zugleich zeigte sich in der Zeit der *Solidarność*, dass neben der offiziellen kommunistischen Nation noch eine weitere

³⁹ Am polnischen Beispiel: MARCIN ZAREMBA, Im nationalen Gewande. Strategien kommunistischer Herrschaftslegitimation in Polen, 1944–1980, Osnabrück 2011; zu Rumänien: DRAGOS PETRESCU, Building the Nation, Instrumentalizing Nationalism. Revisiting Romanian National-Communism, 1956–1989, in: Nationalities Papers 37 (2009), S. 523–544.

⁴⁰ PIOTR OSĘKA, Marzec 68 [März 68], Kraków 2008.

⁴¹ Am Beispiel der DDR: JEFFREY HERF, Undeclared Wars with Israel. East Germany and the West German Far Left, 1967–1989, Cambridge 2016.

⁴² Siehe auch ausführlich Florian Peters in diesem Band.

⁴³ Beispielsweise CELIA DONERT, The Rights of the Roma. The Struggle for Citizenship in Postwar Czechoslovakia, Cambridge 2017.

⁴⁴ JAN JÓZEF LIPSKI, Zwei Vaterländer, zwei Patriotismen, Berlin 1982.

existierte, die sich jenseits der parteistaatlichen Strukturen gebildet hatte und nun ihren Raum forderte. So kann man davon sprechen, dass in Polen – ohne nationale Souveränität – zwei parallele Gesellschaften bestanden, die sich auch durch ihr unterschiedliches Verständnis der Nation konstituierten. Nationsbildung ohne Souveränität war ein Merkmal der kommunistischen Herrschaft in Europa. Das galt in Ostmitteleuropa, in Südosteuropa mit der Ausnahme Jugoslawiens und in der UdSSR, wo sich die Ukraine und besonders die baltischen Staaten auf ihre eigenen Sonderwege begaben.

In den letzten Jahrzehnten des sowjetischen Imperiums erodierte die Ordnung von Jalta zwar, doch viele Beobachter hielten sie trotz akuter und latenter Krisen weiterhin für stabil. Auch der Westen strebte keineswegs ihren Zusammenbruch an. Es bedurfte des Impulses aus dem Inneren der imperialen Macht, um Europa zu verändern.

1989 oder der zweite Wilsonsche Moment

Michail Gorbačevs politisches Ziel war es, den Sozialismus zu reformieren und damit die prekäre Großmachtstellung der Sowjetunion zu konsolidieren.⁴⁵ Außenpolitisch wollte er die Zusammenarbeit der osteuropäischen Staaten – nach dem Vorbild der Europäischen Gemeinschaft in Westeuropa – weiter vorantreiben. An einem solchen Wandel hatten jedoch die Regime in Ostmitteleuropa mit ihren erstarrten Strukturen kein Interesse. Da Gorbačev sich außerhalb der UdSSR und mit Rücksicht auf seine westlichen Partner in Washington und Bonn dem Gewaltverzicht verschrieb, konnte er die sowjetischen Vasallen nicht auf seinen Kurs zwingen. Die Parteichefs Osteuropas wurden – mit der Ausnahme Polens und Ungarns – zu seinen wichtigsten Widersachern.⁴⁶ Sie verteidigten nun den *status quo* von Helsinki gegen die Moskauer Reformer.

Ein Merkmal der Reformen Gorbačevs und seiner Mannschaft war es, dass sie die Konsequenzen ihrer Politik nur unzureichend antizipierten. Die Attacke auf Stalin und den Stalinismus unterminierte so nicht nur

⁴⁵ Zu Gorbačev und seiner Politik: ARCHIE BROWN, Der Gorbatschow Faktor. Wandel einer Weltmacht, Frankfurt am Main 2000; biografisch: WILLIAM TAUBMAN, Gorbachev. His Life and Times, New York 2017.

⁴⁶ Als Überblick vgl. die Beiträge in: Die letzten Generalsekretäre. Kommunistische Herrschaft im Spätsozialismus, hg. v. SUSANNE SCHATTENBERG / MARTIN SABROW, Berlin 2018.

seine Autorität als Generalsekretär, sondern legte auch die Axt an die Ordnung von Jalta, die Stalin 1945 geschaffen hatte. Ohne es zu wollen, schuf Michail Gorbačev damit die Voraussetzungen für die Revolutionen von 1989 und den zweiten Wilsonschen Moment in der Geschichte Osteuropas. Denn weiterhin galt: Eigentliche Souveränität konnte in Ostmitteleuropa nur gegen die Sowjetunion erlangt werden. Der einzige Weg, diesen Konflikt zu vermeiden, war der freiwillige Rückzug Moskaus. Den verkündete der Generalsekretär bereits im Dezember 1988 vor der UNO in New York:

„Gewalt und Gewaltandrohung können und dürfen nicht mehr länger ein Instrument der Außenpolitik sein. [...] Für uns ist auch die Verbindlichkeit des Prinzips der freien Wahl über jeden Zweifel erhaben. Dessen Nichtanerkennung kann für den allgemeinen Frieden die schlimmsten Folgen haben. Dieses Recht der Völker zu bestreiten, egal unter welchem Vorwand es getan und durch welche Worte es bemächtelt wurde, bedeutet, sich sogar an jenem wackligen Gleichgewicht, welches bisher erreicht wurde, zu vergreifen. Die Freiheit der Wahl ist ein allgemeingültiges Prinzip, das keine Ausnahmen kennen soll.“⁴⁷

Woodrow Wilson hätte es kaum anders formuliert.

Die Revolutionen von 1989 waren nationale Revolutionen, die Souveränität der Nationen Osteuropas wurde zum zweiten Mal nach 1918 erkämpft. Denn im europäischen Jahr 1989 ging es nicht nur um die Freiheit des Individuums, sondern auch um die Freiheit der einzelnen Nationalstaaten. Diese nationale Komponente des Umbruchs barg durchaus Sprengstoff. In der Mitte Europas führte sie zu einer Neuauflage des deutschen Nationalstaats. Für die Vielvölkerstaaten wie die Tschechoslowakei, Jugoslawien oder auch die Sowjetunion bedeutete sie das mehr oder weniger gewaltsame Ende. Insgesamt bedeutete das Jahr 1989 das Ende eines Imperiums und den Erwerb von Souveränität ohne Krieg – eine historische Ausnahme in der europäischen Geschichte. Es unterscheidet zudem Ostmitteleuropa von der Sowjetunion, wo – mit Ausnahme des Baltikums und Teilen der Ukraine – eine Selbstbefreiung von kommunistischer Herrschaft nicht stattfand. Während Bulgarien und Rumänien die kommunistische Diktatur ebenfalls hinter sich ließen, führte der Zerfall Jugoslawiens in den Bürgerkrieg, der erst durch den

⁴⁷ MICHAEL GORBATSCHOW, Rede in der Organisation der Vereinten Nationen. New York, 7.12.1988, Moskau 1988, S. 9 f. Zum Kontext: JAN C. BEHRENDT, Oktroyierte Zivilisierung. Genese und Grenzen des sowjetischen Machtverzichts 1989, in: 1989 und die Rolle der Gewalt, hg. v. MARTIN SABROW, Göttingen 2012, S. 401–424.

militärischen Einsatz der NATO beendet wurde. Hier entstanden teilweise neue Staaten wie Slowenien oder Kroatien, andere rekonstituierten sich wie Serbien, während Bosnien oder das Kosovo in einer völkerrechtlich prekären Lage bleiben.

Im Unterschied zu Osteuropa wurde die UdSSR nicht Opfer des Aufstands ihrer Bürger, sondern des Machtkampfes zwischen Gorbacév, El’cin und den Sowjetrepubliken.⁴⁸ Ende 1991 kam die nationalstaatliche Souveränität für die Ukraine, Belarus und selbst für Russland unvermittelt. Die nationale Souveränität im postsowjetischen Raum bleibt bis in die Gegenwart prekärer als in Ostmitteleuropa. Die post-sowjetischen Nationsbildungen finden weiterhin im Schatten imperialer Ambitionen Moskaus statt.

Insgesamt vermitteln die Beiträge einen Eindruck davon, dass Weltkrieg und kommunistische Diktaturen nationale Souveränität zwar einräumten, dass sie aber zugleich als Katalysatoren einer subkutanen Nationsbildung verstanden werden können. Die Vielfalt der Region lässt sich nur verstehen, wenn auch die vielfältige Genese moderner Nationalstaatlichkeit (und ihres Scheiterns) dargestellt wird. Begreifen lassen sich diese Prozesse nur, wenn wir uns nicht scheuen, in großen historischen Zusammenhängen zu denken.

⁴⁸ SERHII PLOKHY, *The Last Empire. The Final Days of the Soviet Union*, New York 2014; in internationaler Perspektive: ARCHIE BROWN, *The Human Factor. Gorbachev, Reagan, and Thatcher and the End of the Cold War*, Oxford 2020.